

Die geplatze grüne Lebenslüge: Das Video einer Veranstaltung des Berliner Kreises in der Union

geschrieben von Prof. Dr. Horst-joachim Lüdecke | 20. April 2022

Das Video „*Energiesicherheit in Zeiten europäischer Konflikte und ideologischer Umwälzungen*“ spricht aus, was deutsche Politiker aller Couleur mit gesundem Restverstand schon längst wissen. Ob es zu den überlebenswichtig schnellen Konsequenzen führt, ist leider zu bezweifeln.

Hier das Video

Zusammenfassung der Fakten und erforderliche Maßnahmen

Auf Basis purer Ideologie und ohne jedwede ordentliche Sachbasis hat sich die deutsche Regierungspolitik seit Beginn der Regierung von Dr. Angela Merkel bis heute immer weiter in eine aussichtslose Situation der Energieversorgung hineinmanövriert. Die mit aller Kraft geförderten „neuen Energien“ Wind und Sonne tragen nämlich trotz extremer Naturzerstörungen durch aktuell bereits über 30.000 Windräder gerade einmal 5% zur deutschen Gesamtenergie bei. Dass diese Art der Stromerzeugung generell für hochentwickelte Länder ungeeignet ist, beginnt die gesamte „westlichen Welt“ allmählich zu begreifen. China, Indien, Russland, Afrika, Südamerika, aber auch die EU-Visegrad-Staaten wissen es schon länger.

Der deutschen Bevölkerung wurden bis heute durch Politik und eine absolute rot-grüne Mehrheit der deutschen Medien die Fakten über „neue Energien“ vorenthalten. Um den flatterhaften Strom (Fake-Power) aus Wind und Sonne überhaupt nutzbar zu machen, waren (ohne dass dies die Politik offen zu kommunizieren wagte) eine Unmenge von schnell reagierenden Gaskraftwerken und eine neue Gaspipeline „north-stream 2“ vorgesehen, die bei Flaute, Wolkenbedeckung bzw. nächtens Stromersatz schaffen sollten. Kohle- und Kernkraftwerke wurden auf der anderen Seite bedenken- und verantwortungslos nach und nach gesetzlich abgeschafft. Der Hauptlieferant des Gases war und ist bis jetzt Russland, welches unter Putin aktuell einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine führt.

Es ist inzwischen unstrittig, ausgenommen grüne Überzeugung infolge Realitätsverweigerung, dass eine plötzliche und dauerhafte Unterbrechung

der russischen Gaslieferung zu einer unvermeidbaren Katastrophe für unser Land führen würde. Dies geht allein aus folgenden Zahlen hervor: 55% des deutschen Gasverbrauchs wird aktuell mit russischem Gas gespeist, 38% davon verbraucht die deutsche Industrie, der Rest verteilt sich auf Hausheizungen, Stromerzeugung etc. Die Folgen einer völligen Kappung russischen Gases kann durchaus mit der Situation Deutschlands im Jahre 1945 verglichen werden. Wir hätten mit einem Schlag Millionen von Arbeitslosen, die wichtigsten Industrietätigkeiten kämen zum Erliegen, es gäbe gefährliche Versorgungsengpässe, insbesondere auch in der Nahrungsbereitstellung von Supermärkten. Der zu erwartende Zerfall der öffentlichen Ordnung braucht dann kaum noch erwähnt zu werden.

Eine dauerhafte Unterbrechung russischer Gaslieferungen wäre durch folgende Ereignisse bzw. Maßnahmen zu befürchten, die fatalerweise der Realität immer näher kommen:

- Russland setzt seine potentielle energiepolitische Waffe des Absperrens der deutschen Gasversorgung von sich aus ein. Dies würde wohl auch das Absperren russischer Kohle und russischen Erdöls bedeuten.
- Deutschland schließt sich extremen Steigerungen der Sanktionen gegen Russland an, mit der absurden Konsequenz, damit von selbst jede weitere Gaslieferung aus Russland zu beenden.

Es steht EIKE und den Autoren dieser Zeilen nicht an, diese denkbaren politischen Entwicklungen zu kommentieren oder gar zu bewerten. Es ist lediglich daran zu erinnern, dass Deutschland an erster Stelle aller europäischen Länder gefährdet ist. Polen beispielsweise setzt dagegen immer noch voll auf Kohle, indem es sich Jahre lang klugerweise dem Druck der Brüsseler CO₂-Jakobiner entzog, inzwischen dediziert nach Kernenergie strebt und längst für Ersatz russischen Gases aus Norwegen gesorgt hat. Dann lassen sich natürlich entspannt härtere Sanktionen gegen Russland fordern.

Alle Maßnahmen, den Ausfall russischer Gaslieferungen durch neue Lieferanten auszugleichen, haben technisch bedingt nicht abzukürzbare Vorlaufzeiten, die in Jahren zählen – selbst dann, wenn die deutsche Politik unverzüglich und mit allen Mitteln handeln würde. Aber auch die Kosten wären extrem, denn das hier wohl allein in Frage kommende LNG-Gas aus den USA ist drei Mal so teuer wie russisches Erdgas. Der Ausgleich fehlenden russischen Erdöls und russischer Kohle wäre im Gegensatz zum Gas zwar schwierig, aber immerhin in erträglichen Vorlaufzeiten ohne katastrophale Folgen vielleicht machbar. Hier würde die deutsche Braunkohle eine Schlüsselstellungen einnehmen.

„Was können wir tun“?

Das Prinzip „hoffen und abwarten“ wäre die nicht ganz unwahrscheinliche Spekulation, dass Russland mit dem Blick auf die Zeit nach dem Krieg nicht von sich aus einen totalen Lieferstop anordnet. Eine vernünftige

deutsche Handlungsoption ist dieses Prinzip natürlich nicht.

Deutschland ergreift deswegen unverzüglich folgende Maßnahmen, denn jeder verlorene Monat verursacht Milliarden Schäden:

- Erhalt und Ertüchtigung bestehender Kohlekraftwerke, ferner sofortiger Neubau von modernen Braunkohle- und Steinkohle-Kohlekraftwerken – mit carbon capture und storage Technologie (CCS), wenn dies denn politisch zur Wahrung grüner Weltrettung sein muss.
- Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke und Wiederbelebung der letztes Jahr abgeschalteten drei Anlagen. Prüfung des Kaufs neuer KKW im Ausland (z.B. USA, China, Korea, Frankreich) und vor allem sofortiges Wiedereinsteigen in die Forschung an der neuen Generation IV von Kernkraftwerken wie zum Beispiel am Konzept des Dual Fluid Reaktors.

In diesen Fällen sind die zugehörigen Gesetze des Kohle- und Kernenergieausstiegs sowie des Verbots von CCS vom Gesetzgeber zu kassieren. Zumindest kann der grünen Gesichtswahrung wegen der Kohle- und KKW-Ausstieg auf wesentlich längere Zeitspannen ausgedehnt werden, so dass die heutigen Verantwortlichen längst ihr Pensionsalter erreicht haben, oder sogar nicht mehr leben und damit wieder Vernunft anstelle von Ideologie in der deutschen Politik zum Zuge käme.

Was Gas angeht, ist zu betonen, dass wir heimische Quellen haben, die aber nur zu winzigen Teilen genutzt werden. Deutschland fördert nach wie vor, wenn auch mit abnehmender Tendenz, Erdgas nach konventionellen Methoden. Die geförderte Menge liegt aktuell bei ca. 4,75 Mrd m³, deckt also nur rd. 5 % des Bedarfes an Erdgas und lässt sich wegen der Erschöpfung der Quellen bzw. der Kosten für bessere Fließwege nur mit mehr Aufwand steigern, dann aber deutlich. Mittels Einsatz der bekannten Technik beim Schaffen besserer Fließwege ließe dessen Anteil auf ca. 10 – 15 % anwachsen, also verdoppeln oder verdreifachen. So teilte es der Direktor des Instituts für Bohrtechnik und Fluidbergbau an der TU Bergakademie Freiberg, Prof. Moh'd Amro, der WiWo in einem Interview kürzlich mit.

Noch besser ist die Situation bei der Gewinnung von Erdgas mittels unkonventioneller Methoden (Fracking). Dafür gibt es Vorräte bis zu 2.340 Mrd. m³ gemäß einer Untersuchung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), hier und hier. Hinzu kämen die förderbaren Mengen aus Kohleflözen, von denen bis zu 450 Mrd. m³ förderbar wären. Diese Mengen würden ausreichen, die russischen Lieferungen für knapp 50 Jahre zu ersetzen. Das wichtigste daran ist natürlich, die Förderung innerhalb von nur 6 bis 12 Monaten zu beginnen und danach schnell zu steigern. Die Erhöhung der Förderung aus konventionellen Quellen ist sogar innerhalb weniger Wochen machbar, wie es der oben schon genannte Experte Amro unlängst ebenfalls in einem Beitrag für die Wirtschaftswoche ausführte. Zusammengefasst ist festzustellen, dass Deutschland ohne große Verrenkungen seinen

russischen Anteil an Erdgaslieferungen innerhalb weniger Wochen reduzieren und dann Schritt für Schritt sogar auf Null bringen könnte. Natürlich ist auch für das Fracking die Gesetzeslage entsprechend zu ändern.

Letzter nicht zu vergessender Punkt sind „Klimaschutz-“ und Energiewende-Maßnahmen, die Deutschland Jahr für Jahr in der Größenordnung von 20-30 Milliarden Euro Kosten verursachen – und dies ohne irgend einen Gegenwert. 5% der Primärenergie aus Wind und Sonne, die nur mit aufwendigen Redispatch- und Abregelungsmaßnahmen unter hohen Zusatzkosten brauchbar ins Netz gelangen, die extremen Natur- und Landschafts-Schädigungen durch Windräder und die steigende Blackout-Gefahr sind insgesamt alles Andere als ein Gegenwert und erfordern bei gesundem Verstand sofortiges Beenden des gigantischen Energiewende- und „Klimaschutz“-Unsinn.

- Die an DDR-Zeiten erinnernde Energie-Planwirtschaft Deutschlands ist zu beenden, und die „Neuen Energien“ sind ganz einfach dem freien Markt zu überlassen – mit der Zulassungseinschränkung, dass ihr Strom bedarfsgerecht geliefert wird und sie strengsten Naturschutz erfüllen. Infolgedessen ist die aktuelle juristische Aufweichung des Naturschutzes zum Zweck weiteren Windradausbaus wieder durch wirklichen Naturschutz zu ersetzen, der keine Ausnahmen für ideologische Verirrungen wie „Rettung des Globalklimas“ zulässt (nebenbei: ein globales Klima gibt es nicht, nur Klimazonen von tropisch bis polar).
- Die Energiewende und alle Subventionen für „neue Energien“ sind durch entsprechende Gesetzesänderungen zu beenden. Dazu gehört auch die Zurückweisung entsprechender EU-Vorschriften zur CO₂-Vermeidung, zum CO₂-Emissionshandel und weiterer Fehlentwicklungen. Die Verweigerung Deutschlands von EU-Strafzahlungen infolge zu hoher CO₂-Emissionen ist dringend angebracht, denn der Anstoß zu „Klimaschutz“ und all der sich weiter daraus ergebende Abersinn kommt letztlich aus Brüssel. Deutschland als größter Nettoeinzahler der EU hat ausreichendes Schwergewicht für eine solche Zurückweisung und damit für die Wiedererstarkung des Subsidiaritätsprinzips. Es muss dieses Gewicht zur Wahrung seiner Interessen aber auch einsetzen! Nicht nur die Entscheidung für oder gegen CO₂-Vermeidung, auch viele andere Maßnahmen sollten übrigens in Befolgung des Subsidiaritätsprinzips, das bei Gründung der EU ausdrücklich vorgesehen war, Brüssel entzogen und wieder den Nationalstaaten vorbehalten bleiben (hier).
- Die EU ist leider zu einem sozialistischen Bürokratiemonster verkommen, welches sogar schon italienische Ziegenhirten dazu zwingt, ellenlange Zulassungsbestimmungen für ihre Arbeit zu befolgen und zu dokumentieren. Die EU ist für alle von uns ein zu hohes Gut, um sie zu einer Spielwiese für sadistische Brüsseler Bürokraten, für Ökosozialisten, für bürokratische Behinderungen der selbst gestalteten wirtschaftlichen Entwicklungen ihrer

Mitgliedsstaaten und für Gelddruckorgien der EZB verkommen zu lassen. Die aktuelle Krise wäre ein guter Anlass, die EU wieder auf den Weg zurück führen, der von ihren Gründervätern vorgesehen war.

Schlussendlich muss durch die gesetzlich vorgeschriebene Informationspflicht der deutschen Regierung und deutscher Medien die Bevölkerung über die fachwissenschaftlichen Ungewissheiten des Klimawandels (natürliche Klimavariabilität oder anthropogen) neutral aufgeklärt werden wie beispielsweise über die mehrere 100% Unsicherheit der Klimasensitivität (Quellen IPCC und Klimafachliteratur), über die Unverhältnismäßigkeit von „Klimaschutz“ bei unseren praktisch nichts bewirkenden 2% Anteil an den CO₂-Emissionen aller Länder, über unsere Stellung in der Spitzengruppe der Länder mit den besten Quotienten von Produktivität zu CO₂-Emissionen (s. das hier besprochene Video) und über die segensreiche Rolle des anthropogenen CO₂ beim Zurückdrängen von Wüsten und bei besseren Ernten von Nahrungspflanzen (hier), um nur wenige stellvertretende Beispiele zu nennen. Deren Nennung ist leider immer noch mit einem Tabu belegt. Unter diesen neuen Umständen werden dann auch wieder freie Fachdiskussionen in Universitäten sowie populäre Diskussionen in den rechtlich-Öffentlichen Talkshows stattfinden, aus denen neutrale Klima- und Energie-Experten nicht mehr verbannt sind.

Es ist leider zu erwarten, dass die hier geschilderten Maßnahmen der reinen Vernunft erst dann erfolgen, wenn es endgültig zu spät ist, denn es ist bereits jetzt schon zu spät. Leider gibt es keine Haftung für unverantwortlich handelnde politische Mandatsträger. Dann nämlich hätte sich der von irreführenden Ideologen verantwortete Spuk von „Klimaschutz“ und Energiewende erst gar nicht durchgesetzt, und die Verantwortlichen säßen wegen unterlassener Hilfeleistung längst im Gefängnis.

Horst-Joachim Lüdecke und Michael Limburg, April 2022